

## Redaktioneller Teil

### Zur Wirtschaftslage.

Von Prof. Dr. G. Menz.

[Das Tributproblem — Finanzsanierung und Arbeitslosigkeit — Konjunkturberichte — Buchgewerbe und Buchhandel.]

Im Vordergrund der Erörterung steht heute nicht nur in Deutschland, sondern wohl in der ganzen Welt weiter die Frage der deutschen Tribute und damit zusammenhängend der Kriegsschulden. Nicht diese Tatsache überrascht, wohl aber die Geschwindigkeit, mit der die Einstellung zu dem Problem namentlich in Deutschland sich gewandelt hat. Wenig mehr als ein halbes Jahr ist es her, daß noch an Verbote gedacht werden konnte gegen jede Beteiligung an einer Agitation gegen die Annahme des Youngplanes. Heute fordern selbst die Gewerkschaften offen Revision eben dieses Planes, und die Reichsregierung läßt erkennen, daß auch sie zu einer entsprechenden Politik vielleicht sehr bald genötigt sein könnte. Wiederum besteht aber die Gefahr, daß die Dinge rein stimmungsmäßig beurteilt werden. Wenn sich der Wirtschaftler damit befaßt, kann das jedoch gar nicht nüchtern genug geschehen. Wenn eine Revision kommt, wird sie der Wirtschaft nämlich nur dann eine wirkliche Erleichterung bringen, wenn wirtschaftliche Überlegungen dabei maßgeblich mitgewirkt und die Lösung entsprechend bestimmt haben. Ja, eine Revision dieser Art dürfte überhaupt nur möglich werden, wenn von vornherein nicht stimmungsmäßige politische Wünsche oder gar parteipolitisch beengte Forderungen, sondern allein allerrealste wirtschaftliche Überlegungen bei der Vorbereitung die Führung haben. Für die Väter des Youngplanes kann die augenblickliche Lage an sich keine Überraschung sein. Sie haben sie kommen sehen und haben ja im Hinblick darauf schon die Bestimmungen über ein etwaiges Moratorium für Deutschland in den Plan mit aufgenommen. Überraschend, und zwar peinlich überraschend ist auch hier lediglich, daß die Notwendigkeit, von diesen Bestimmungen einmal Gebrauch zu machen, so unheimlich bald brennend geworden ist. Das gestaltet die Lage doppelt und dreifach schwierig. Denn die Vorbereitungen, die man namentlich französischerseits zweifelsohne ins Auge gefaßt hat für den Augenblick einer Revision, sind infolgedessen noch nicht getroffen, wenigstens nicht abgeschlossen. Das Schlimmste ist vielleicht, daß deutscherseits die auch hier unbedingt erforderlichen Vorbereitungen augenscheinlich überhaupt noch nicht einmal erkannt, geschweige denn eingeleitet sind. Was ein Moratoriumsantrag zur Folge haben könnte, haben müßte, kann man sich vielleicht vorstellen. Sind wir darauf gerüstet? An Stelle eines offenen Moratoriums könnte auch etwas anderes ins Auge gefaßt werden. Im alten Dawesplan gab es eine Art Goldklausel. Bei einer Verlagerung des Goldlaufkraftwertes um 10% nach einer oder der anderen Seite hin sollte die Tributlast neu beziffert werden. In den Youngplan ist eine ähnliche Bestimmung nicht übernommen worden. Immerhin ließe sich unter Berufung auf den Grundsatz der *clausula rebus sic stantibus* auch jetzt die Forderung rechtfertigen, daß der nachweislichen Veränderung der Goldlaufkraft Rechnung getragen werden müßte. Das hat um so mehr Aussicht, als unter der Goldwertsteigerung auch die anderen Schuldnerländer zu leiden haben. Es ließe sich also vielleicht eine Einheitsfront der Schuldner bilden, die den Haupt-

gläubiger Amerika zur Nachgiebigkeit zu bringen versuchen könnte, ohne das Deutschland allein mit einem Moratoriumsantrag hervortreten brauchte. Selbstverständliche Voraussetzung der Erfüllbarkeit unserer Tributverpflichtungen ist ferner nach Ansicht aller Einsichtigen und Ehrlichen die Bereitschaft unserer Gläubiger, Warenleistungen von uns in Empfang zu nehmen. Wenn uns eine entsprechende Zollpolitik aller maßgeblichen Länder die Erfüllung in diesem Sinne unmöglich macht, kann die Forderung nicht unbillig sein, dann unsere Verpflichtungen demgemäß zu ermäßigen. Der Gedanke einer Umsatzbelegung in der gesamten Weltwirtschaft mit Hilfe handelspolitischer Maßnahmen in erster Linie in Gestalt eines allgemeinen Abbaus der Zolltarife spielt in den Arbeiten der internationalen Handelskammervereinigung wie des Völkerbundes bekanntlich seit langem eine Rolle. Auch hier also könnte Deutschland internationale Unterstützung finden. Freilich geht dieser Weg von der Voraussetzung aus, daß unsere Tributverpflichtungen in der bisher festgesetzten Höhe erfüllt werden sollten. Wer das an sich für unmöglich und verderblich hält, wird diesen Weg daher überhaupt für ungangbar halten. Immerhin muß man auch mit dieser Alternative rechnen. Sie hat das eine für sich, daß natürlich jede Veränderung der Tributregelung für die Empfängerländer, insbesondere also für U.S.A. nicht unbeträchtliche Störungen der Finanzwirtschaft nach sich ziehen müßte. Weil man sie vermeiden möchte und immer noch glaubt vermeiden zu können, bleibt die Entscheidung so lange in der Schwebe. Die Zeit allerdings arbeitet für uns. Das Verschicken von jährlich rund 2 Milliarden ohne Gegenleistung — darauf läuft doch unsere Tributleistung hinaus — bedeutet für eine Wirtschaft, deren Wertschöpfung allein auf dem Austausch von Leistung und Gegenleistung beruht, eine derartig tödliche Störung, daß die Grenze des Erträglichen immer näher rückt, um so mehr, als schon die Wirtschaftspolitik Rußlands eine schwere Belastung für dasselbe Wirtschaftssystem darstellt und seine Widerstandskraft aufs äußerste anspannt. Wenn aber danach also die Revision der Tributfrage unbedingt kommen muß, so bleibt doch noch zweifelhaft, wann das sein wird und ob uns bis dahin nicht der Atem ausgeht. Ein Interesse an größtmöglicher Beschleunigung der Lösung haben wir unbedingt. Dabei aber ist zu bedenken, daß zweifelsohne die Revision niemals im Sinne eines Prozeßverfahrens auf der Grundlage juristischer Dialektik zu erreichen sein dürfte. Auch von der Kriegsschuldfrage her, die vielfach — und nicht durchaus mit Unrecht — als der Angelpunkt des ganzen Problems angesehen wird, ist die Aufrollung nicht erreichbar. Für die Bearbeitung der öffentlichen Meinung namentlich in Amerika tut das gute Dienste und sollte das daher nicht versäumt werden. Für die Entscheidung selbst aber, die nur als politische Lösung erfolgen kann und wird, ist ausschlaggebend, daß ein Ausweg positiver Art aus dem unleugbaren Dilemma gewiesen werden kann. Briand hat einen entsprechenden Plan zur Debatte gestellt. Sein Paneuropa stößt aber allgemein auf Widerspruch und Ablehnung. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß Frankreich sich doch noch durchsetzt; hieße das überdies doch, daß wir bereit wären, uns völlig französischer Führung und Vorherrschaft endgültig zu unterwerfen. Dann bleibt aber nichts anderes übrig, als selbst positive Vorschläge zu machen. Sie hätten sich nicht auf die Höhe der Verpflichtungen